

Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Amtliche Propaganda für das „Tram Region Bern“ im Anzeiger trotz gegenteiligem Stadtratsbeschluss

Im Anzeiger für die Region Bern vom 21. März publizierte der Gemeinderat auf 3/4 Seiten mit imaginärem Farbbild vom zukünftigen Eigerplatz PR-Informationen zum Tram Region Bern. Dass das Projekt stark umstritten ist, wurde mit keinem Wort erwähnt.

Bereits 2011 veröffentlichte der Gemeinderat periodisch Behördenwerbung im Anzeiger. An der Sitzung vom 15. September 2011, anlässlich der Behandlung des Budgets 2012, strich der Stadtrat den für die Informationsseiten vorgesehenen Betrag von Fr. 53 000.00.

1. Warum publizierte der Gemeinderat – im Widerspruch zur Neutralitätspflicht von Behörden vor Abstimmungen und Wahlen – wiederum eine Seite mit einseitigen Informationen zu einer Abstimmungsvorlage?
2. Warum wurden die kritischen Meinungen zu Tram Region Bern in dieser „Information“ nicht erwähnt? Ist der Gemeinderat bereit, dies in einer nächsten Ausgabe des Anzeigers nachzuholen?
3. Wieviel kostete die Publikation der Informationsseite?
4. Ist der Gemeinderat bereit, gemäss dem erwähnten Stadtratsbeschluss künftig die Publikation solcher einseitiger PR-Informationsseiten zu unterlassen oder dann auch den kritischen Stimmen denselben Platz einzuräumen?

Bern, 27. März 2014

Erstunterzeichnende: Luzius Theiler

Mitunterzeichnende: Rolf Zbinden, Christa Ammann

Antwort des Gemeinderats

Seit Mai 2013 bietet der „Anzeiger Region Bern“ den 17 Gemeinden des Gemeindeverbands Anzeiger Region Bern die Möglichkeit, jeweils freitags auf der sogenannten Gemeindeseite kostenlos Informationen aus Gemeinderat und Verwaltung zu veröffentlichen. Damit soll die Attraktivität des Publikationsorgans erhöht und die Abwanderung von Inseraten gebremst werden.

Die gesetzliche Grundlage für die Gemeindeseite bildet Artikel 49f Absatz 3 des kantonalen Gemeindegesetzes. Zulässig sind demnach Textbeiträge der Gemeindebehörden, welche der Wahrnehmung ihres Informationsauftrags nach Informationsgesetz dienen. Die Texte dürfen keine Kommentare enthalten und müssen aktuell, sachgerecht und neutral sein.

Der städtische Informationsdienst nutzt dieses Angebot seit Anfang Jahr und druckt im Sinne einer Zweitverwertung einzelne, bereits veröffentlichte Medienmitteilungen ab. Die Medienmitteilungen von Gemeinderat und Stadtverwaltung entsprechen den Kriterien der behördlichen Information und vermeiden jede persuasive und beeinflussende Kommunikation.

Zu Frage 1:

Der im Anzeiger vom 21. März 2014 abgedruckte Text ist identisch mit jener Medienmitteilung, die anlässlich der Medienkonferenz vom 14. März 2014 zu „Tram Region Bern“ den Medien verschickt und im Internet aufgeschaltet wurde. Der Text informiert über die Verabschiedung der entspre-

chenden gemeinderätlichen Kreditvorlage zuhanden des Stadtrats, beschreibt sachlich die Eckpunkte des Projekts und erläutert die Haltung des Gemeinderats.

Es ist legitim, dass der Gemeinderat mit Blick auf die anstehende parlamentarische Beratung des Geschäfts seine Sicht der Dinge kommuniziert. Dies entspricht der langjährigen Praxis und hat nichts mit amtlicher Propaganda zu einer Abstimmungsvorlage zu tun.

Zu Frage 2:

Es wäre demokratiepolitisch eher ungewöhnlich, wenn der Gemeinderat im Vorfeld der Stadtratsdebatte stellvertretend für die Gegnerschaft des Projekts die Gegenargumente in seiner Medienmitteilung auflisten würde. Vielmehr ist es zu diesem Zeitpunkt in erster Linie die Aufgabe der Opponenten, die Gegenargumente öffentlich darzulegen.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass nicht nur der Gemeinderat, sondern auch der Stadtrat die Möglichkeit hat, seine Medienmitteilungen auf der Gemeindeseite einrücken zu lassen. Der Informationsdienst steht für eine allfällige Koordination zur Verfügung.

Zu Frage 3:

Dem Informationsdienst entstehen weder Kosten noch Aufwand, weil nur bereits veröffentlichte Medienmitteilungen eingerückt werden und der Anzeiger den Platz gratis zur Verfügung stellt sowie die Seite selbst gestaltet.

Zu Frage 4:

Der vor allem finanzpolitisch begründete Stadtratsbeschluss vom 15. September 2011 wurde umgehend umgesetzt, indem die Stadtverwaltung die „Mitteilungsseite der Stadt Bern“ noch im selben Monat einstellte. Von der Möglichkeit, einzelne Medienmitteilungen gratis ein zweites Mal auf der Gemeindeseite zu verwerfen, möchte der Gemeinderat weiterhin Gebrauch machen, zumal damit all jene Einwohnerinnen und Einwohner erreicht werden können, die keine Zeitung abonniert haben und keine elektronische Medien konsumieren.

Bern, 23. April 2014

Der Gemeinderat